

GRÜNE stehen ein für geflüchtete Frauen



Die GRÜNEN in Marburg reagieren besorgt und mit entschiedener Ablehnung auf die von Seiten der CDU Marburg vorgebrachten Äußerungen gegenüber der von Abschiebung betroffenen Marburger Familie von Frau A. „Der Marburger CDU sind die Rechte von Frauen und Kindern wohl egal, ansonsten hätten sie über den Fall differenzierter geurteilt. Die Umstände, die Frau A. zur Flucht aus Algerien veranlassten, wurden mit keiner Silbe erwähnt!“, kritisiert Stephanie Theiss, Kreistagsabgeordnete, die bei der Sitzung des Ausländerbeirates anwesend war. „Dass das BAMF Zwangsverheiratung und Gewaltandrohung bis zum Ehrenmord als Familienstreitigkeiten abgetan hat, zeigt abermals wie es um die Glaubwürdigkeit und Rechte von Frauen auch in Deutschland steht.“, ergänzt Madelaine Stahl, Mitglied im Sozialausschuss.

Zum Hintergrund: Frau A. sollte am 18. Januar mit ihrem Partner und ihren beiden kleinen Töchtern nach Algerien abgeschoben werden, obwohl das Attest einer Gynäkologin, die die Reiseunfähigkeit attestierte, vorlag. Der Zentralen Ausländerbehörde reichte dies nicht aus, so dass sie einen Allgemeinmediziner heranzogen, der Frau A. die Flugreise zumute. Das sah der Pilot, der den Abschiebeflug fliegen sollte, anders und weigerte sich die hochschwängere Frau zu transportieren.

„Der vorliegende Fall macht deutlich: Auch für Asylsuchende gelten die Menschenrechte und gerade den spezifischen Fluchtgründen von Frauen und Kindern muss dringend mehr Rechnung getragen werden!“, fordert Dr. Christa Perabo, Mitglied im Sozialausschuss, „Deswegen unterstützen wir die Forderung aus dem Hessischen Koalitionsvertrag ein neues Landesaufnahmeprogramm für besonders Schutzbedürftige zeitnah aufzusetzen.“

Das Verhalten von Herrn R., dem Partner von Frau A., ist zweifellos problematisch und kritikwürdig, rechtfertigt aber aus Sicht der GRÜNEN keine Abschiebung von Frau A. oder gar ihrer in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kindern. Das zu kritisierende Verhalten ihres Partners verweist allerdings auf ein grundsätzliches Problem deutscher Asyl- und Einwanderungspolitik: Es fehlt immer noch an einem Einwanderungsgesetz mit Perspektiven für Migrant*innen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Ein solches Gesetz verzögern CDU und CSU seit Jahrzehnten und verkennen dabei völlig die Realität! „Deutschland ist und war schon immer ein Einwanderungsland. Wir GRÜNEN fordern die Trennung von Asyl und Einwanderung. Nur dadurch wird das Asylsystem entlastet und Menschen unabhängig ihrer Herkunft eine menschenwürdige Zukunft in Deutschland ermöglicht werden, betont Dr. Elke Neuwohner, Fraktionsvorsitzende.

--

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Marburg-Biedenkopf
Frankfurter Str. 46; 35037 Marburg
Fon.: 06421-22606 / Fax.: 06421-14721 / Mobil: 0177-6017458
Bürozeiten: Mo.- Do. 11:00-13:00 und 14:30-18:00